NACHRICHTEN
Österreich

Deutsche Ermittler beleuchten grausame Kriegsverbrechen in der Ukraine

Ermittlungen zu russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine: Über 700 Hinweise, 200 Zeugen und systematische Kinderdeportationen dokumentiert.

Kiew, Ukraine - Die Ermittlungen zu möglichen Kriegsverbrechen im Ukraine-Konflikt haben in Deutschland eine neue Dimension erreicht. Laut dem Bericht der **Bundesregierung** liegen den deutschen Strafverfolgungsbehörden über 700 Hinweise zu möglichen Kriegsverbrechen vor, darunter schwerwiegende Vorwürfe wie Folter, vorsätzliche Tötungen und sexuelle Gewalt. Generalbundesanwalt Jens Rommel hat ein Strukturermittlungsverfahren eingeleitet, um konkrete Taten sowie die Verantwortlichen dieser Verbrechen zu identifizieren. In diesem Zusammenhang wurden bereits mehr als 200 Zeugen vernommen, und die Ermittlungen erfolgen in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt, dem Bundesnachrichtendienst und

internationalen Partnern. Die Ampelkoalition in Berlin verlangt eine konsequente Verurteilung von Täterinnen und Tätern, um die Prinzipien der Gerechtigkeit zu vertreten und der globalen Öffentlichkeit die volle Wahrheit über die Kriegsverbrechen nahezubringen.

Internationale Dimension der Ermittlungen

Bereits im März 2022 dokumentierte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte zahlreiche Angriffe Russlands auf zivile Einrichtungen, die das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung verdeutlichen. Berichte über systematische Kriegsverbrechen, die während vorhergehender Konflikte wie in Tschetschenien, Georgien und Syrien von der russischen Armee begangen wurden, zeigen, dass solche Vergehen in diesem Konflikt nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind, wie **in einer Analyse** festgestellt wurde. Die Taten reichen von gezielten Angriffen auf Krankenhäuser, Schulen und zivile Infrastrukturen bis hin zur Anwendung von Folter gegen Kriegsgefangene. Der Einsatz von chemischen Waffen und andere Formen der Gewalt sind ebenfalls dokumentiert. Die Berichte über das Verschwinden von zehntausenden ukrainischen Kindern, die Opfer der systematischen Deportation durch russische Streitkräfte wurden, erfüllen die Kriterien für Menschenrechtsverletzungen nach internationalem Recht.

In diesem Kontext hat das Bundeskriminalamt unter der Leitung von BKA-Präsident Holger Münch klare Ziele definiert: Durch die Erfassung und Analyse von Beweisen sollen Täter vor Gericht gestellt werden. Der Druck auf die russische Führung wächst, da die internationale Gemeinschaft die Notwendigkeit eines transparenten und gerechten Verfahrens betont. Um die Dimension der Verbrechen zu verdeutlichen, wird auf die erschreckenden Zahlen hingewiesen: mehr als 20.000 Kinder werden als vermisst gemeldet, viele von ihnen wurden nach Russland verschleppt. Laut UNICEF ist die Sorge um die Schicksale dieser Kinder nach wie vor groß. Die Komplexität der Rechtslage und der internationalen Zusammenarbeit stellt sich

dabei als entscheidender Faktor für die kommenden Ermittlungen heraus.

Details	
Vorfall	Kriegsverbrechen
Ursache	russischer Luftangriff
Ort	Kiew, Ukraine
Verletzte	30
Quellen	• **www.ad-hoc-news.de** • **de.wikipedia.org**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at